

Paudorf

# Konfrontationskurs mit dem Land

Ein Brief von Landesrat Wilfing ärgert die Bürgerinitiativen. Inhalt: Es laufe kein Steinbruch-Verfahren.

VON JÜRGEN ZAHRL

Der schier endlose Streit zwischen den Bürgerinitiativen und Steinbruchbetreibern um die Abbaugelände in Paudorf, Bezirk Krems, hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Während das Land mit einem Brief an alle Bürger wieder Ruhe in den Konflikt bringen will, sprechen die

beiden Bürgerinitiativen von einem „unglaublichen Schriftstück, das mehr ratlose und verunsicherte Anrainer zurücklassen, als die Sorgen der Bewohner beseitigen würde.“

Wie berichtet, hat die Betreiberfirma des bestehenden Steinbruchs vor, im Dunkelsteinerwald – auf einem Grundstück des Benediktinerstiftes Göttweig – ein zweites Abbaugelände für die Gewinnung von Schüttmaterial zu errichten, was Ängste bei den Bürgern ausgelöst hat. Sie befürchten eine Zunahme des Lkw-Verkehrs, mehr Staub- und Lärmbelastung. Doch der für Raumordnung zuständige Landesrat Karl Wilfing versucht in seinem Brief an alle Bürger

zu beruhigen: „*Ich versichere Ihnen, dass (...) hier aufgrund der Empfehlung des Raumordnungsbeirates und des Regierungsbeschlusses im gegenständlichen Gebiet keine Eignungszone für Schotterabbau ausgewiesen wurde.*“ Und: „*Zum jetzigen Zeitpunkt liegt (...) kein Antrag des Betriebes oder der Gemeinde beim Amt der NÖ Landesregierung über einen Steinbruch vor.*“

**Ärger** Diese Zeilen bringen die Sprecher der Bürgerinitiativen „Lebenswertes Paudorf“ und „Freunde des Dunkelsteinerwaldes“ auf die Palme und stiften bei ihnen gleichzeitig Verwirrung. „Die Argumente der Landesregierung sind unglaubwürdig.

Denn parallel zu den Beschwichtigungsversuchen wird der geplante Steinbruch fleißig vorbereitet“, sind die Sprecher Wolfgang Janisch und Walter Kosar überzeugt. Das Steinbruchprojekt sei vom Betreiber am 14. April 2011 offiziell präsentiert worden, „nachdem die Grundstücksbesitzer im

Stift Göttweig erklärt hatten, den Steinbruch realisieren zu wollen“, betont Janisch.

Landesrat Karl Wilfing stellt im Gespräch mit dem KURIER nochmals klar: „Es gibt de facto keinen Antrag und kein Verfahren. Wenn sich daran etwas ändern sollte, werden die Bürger darüber sofort informiert.“



GILBERT WEISBIER

„Parallel zu den Beruhigungsversuchen wird der Steinbruch fleißig vorbereitet.“

Wolfgang Janisch Initiatives-Sprecher



APA / VPNO/GERHARD SCHINABL

„Es gibt de facto kein Verfahren. Sollte sich etwas ändern, werden die Bürger informiert.“

Karl Wilfing Landesrat

Zum jetzigen Zeitpunkt liegt zudem kein Antrag des Betriebes oder der Gemeinde beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung über einen Steinbruch vor. Damit ist auch kein Verfahren anhängig und es kann keine Entscheidung des Landes geben.

**Auszug** aus dem Wilfing-Brief an die Bürger: Darin stellt er klar, dass derzeit kein Verfahren anhängig sei